

12. KÖRBER DIALOGUE MIDDLE EAST

Berlin, 11.–12. Oktober 2013

DER NAHE OSTEN AM SCHEIDEWEG: DAUERKRISE ODER NEUANFANG?

KÖRBER-STIFTUNG
INTERNATIONALE POLITIK

November 2013

Zusammenfassung der Ergebnisse

- Iran und die USA sind zu einem umfassenden Abkommen gemäß dem Prinzip »Großes für Großes« bereit. Den Bedenken der Hardliner in Teheran und Washington sollte jedoch von Anfang an Rechnung getragen werden.
- Genf II muss so viele Akteure wie möglich einbinden. Regionale Akteure, die unterschiedliche Gruppierungen in Syrien unterstützen, müssen diese von der Aussichtslosigkeit einer militärischen Konfliktlösung überzeugen.
- In Ägypten agiert nun eine unorganisierte demokratische dritte Kraft. Diese hat sowohl gegen das Regime von Mubarak als auch gegen die MB-geführte Regierung revoltiert und wird dies auch weiterhin tun, wenn ihre Forderungen nach Individualrechten und besseren Lebensbedingungen nicht erfüllt werden.
- In der gesamten Region wachsen der Ärger und das Misstrauen gegenüber den USA, vor allem in den Golfstaaten. Die Entscheidung Präsident Obamas, auf einen Militärschlag gegen Syrien als Reaktion auf den Einsatz von Chemiewaffen zu verzichten, hat diese Stimmung erheblich verstärkt.
- Der Einfluss des Westens im Nahen und Mittleren Osten ist begrenzt. Einer der wenigen Bereiche, in denen ein Beitrag geleistet werden kann, ist die Unterstützung regionaler Akteure beim Aufbau verlässlicher Mechanismen regionaler Kooperation.

Iran: Wandel wider Erwarten?

Die Wahl Hassan Rohanis zum neuen iranischen Staatspräsidenten wird voraussichtlich eine Wende in der iranischen Außenpolitik einleiten. Wie ein Teilnehmer ausführte, wird diese besonders drei Bereiche betreffen: den Nuklearkonflikt, Irans schwierige Beziehungen zu den Golfstaaten und, am wichtigsten, Teherans Verhältnis zu Washington. Er betonte, dass ohne eine erfolgreiche Annäherung zwischen Iran und den USA keiner der anderen beiden Konflikte in der unmittelbaren Zukunft gelöst werden könne. Obwohl viele Teilnehmer darin übereinstimmten,

dass Ereignisse wie jüngst das Telefonat zwischen den beiden Präsidenten durchaus als historisch bezeichnet werden dürfen, konnte man sich nicht darauf einigen, wie hoch die Aussichten auf Entspannung tatsächlich sind.

Optimistischere Teilnehmer verwiesen auf das hohe Maß an öffentlicher Unterstützung für Rohanis Politik und lobten den Professionalismus und die Aufrichtigkeit der neuen außenpolitischen Mannschaft Irans. Sie gingen auch nicht davon aus, dass der oberste Führer Zugeständnisse Irans in den Verhandlungen mit dem Westen blockieren werde.

Stattdessen wiesen sie darauf hin, dass Khamenei zwar immer zur Vorsicht im Umgang mit den USA geraten, aber iranische Kooperation mit dem Westen nie grundsätzlich ausgeschlossen habe. Aus diesem Grund habe das Verhandlungsteam für den Nuklearkonflikt nun weitgehende

»ROHANIS WAHL KÖNNTE EINE WENDE IM NUKLEARKONFLIKT EINLEITEN, ABER ENTSPANNUNG MIT DEN GOLFSTAATEN BLEIBT SCHWIERIG.«

Kompetenzen, um ein Abkommen mit der internationalen Gemeinschaft auszuhandeln. Die USA hätten ihrerseits durch den erklärten Verzicht auf einen Regimewechsel

ihren guten Willen demonstriert und setzen nun darauf, die Beziehungen auf Basis gemeinsamer Interessen und gegenseitigen Respekts wiederzubeleben.

Andere Teilnehmer betonten die Herausforderungen, denen sich jedes Streben nach amerikanisch-iranischer Annäherung stellen müsse. Hierzu zähle zuallererst der Widerstand, der von außenpolitischen Falken in beiden Hauptstädten gegen jedes umfassende Abkommen zu erwarten sei. Es wurde empfohlen, den Bedenken der Hardliner von Anfang an Rechnung zu tragen. Zudem seien viele regionale Akteure weiterhin skeptisch bezüglich der wahren Absichten Irans und könnten als potenzielle Spielverderber jede Entspannung zwischen Teheran und Washington zunichtemachen. Dies treffe insbesondere auf Israel, aber auch auf die meisten Golfstaaten zu, für die Iran weiterhin eine interventionistische und expansionistische Macht sei. Einige Teilnehmer kritisierten, dass Iran zwar mit den USA kokettierte, aber bislang nicht auf seine unmittelbaren Nachbarn zugegangen sei. Dies sei umso wichtiger, weil Frieden und Sicherheit auf Dauer nur mit zuver-

lässiger regionaler Kooperation zwischen den Staaten an beiden Ufern des Golfs möglich erscheine.

Auf die Frage, welche Form diese Kooperation einnehmen könnte, verwiesen einige Teilnehmer auf die Initiative Hassan Rohanis aus dem Jahr 2007, einen institutionellen Rahmen für Sicherheitskooperation zwischen den Golfstaaten sowie Irak und Iran zu etablieren. Während viele Teilnehmer die Erfolgsaussichten einer solchen Institution skeptisch beurteilten, schlug ein Diskussions Teilnehmer eine Vereinbarung über einen atomwaffenfreien Golf als ersten Schritt hin zu engerer Kooperation vor. Zum ersten Mal

»DEN BEDENKEN DER HARDLINER IN TEHERAN UND WASHINGTON MUSS RECHNUNG GETRAGEN WERDEN.«

biete sich die Gelegenheit, dass eine amerikanische Regierung ihren Verbündeten in der Golfregion grünes Licht für die Verbesserung ihrer Beziehungen zum Iran gebe. Jedoch wurden Zweifel laut, ob die Golfstaaten überhaupt engere Beziehungen zum Iran anstrebten. Stattdessen seien sie der Ansicht, dass jede Annäherung zwischen den USA und Iran auf ihre Kosten gehe. Einige Teilnehmer kritisierten diese Nullsummen-Logik und argumentierten, dass sich die Golfstaaten weniger auf amerikanische Unterstützung verlassen und sich stärker auf gute Beziehungen mit ihren Nachbarn konzentrieren sollten. Gleichwohl herrschte Übereinstimmung, dass der Syrien-Konflikt das größte Hindernis für eine engere Zusammenarbeit zwischen Iran und Ländern wie Saudi-Arabien oder den Vereinigten Arabischen Emiraten darstellt.

Die meisten Teilnehmer waren der Meinung, dass im Vergleich zu einer Verbesserung der Beziehungen zwischen Iran und den

Golfstaaten die Aussicht auf Fortschritte in den Verhandlungen über das iranische Nuklearprogramm Grund zu vorsichtigem Optimismus biete. Sie wiesen darauf hin, dass alle UN-Sicherheitsratsmitglieder von Iran die Bereitschaft zu einem substanziellen Abkommen gemäß dem Prinzip »Großes für Großes« erwarteten. Innerhalb dieses Rahmens, prophezeite ein Teilnehmer, sei das iranische Verhandlungsteam bereit, als vertrauensbildende Maßnahme die Uranan-

»IRAN UND DIE USA SIND ZU EINER UMFASSENDEN EINIGUNG GEMÄSS DEM PRINZIP »GROSSES FÜR GROSSES« BEREIT.«

reicherung bei 5 Prozent zu kappen und kurz vor der »Breakout«-Kapazität zu bleiben sowie Transparenz über die Anforderungen des Zusatzprotokolls hinaus zu erzeugen. Im Gegenzug erwarte Iran vom Westen die Aufhebung der Sanktionen und die Erlaubnis zur Urananreicherung zu friedlichen Zwecken.

Syrien: Eine Chance für Frieden?

Obwohl der Bürgerkrieg in Syrien weiterhin unvermindert wütet, bekräftigten einige Teilnehmer ihre Hoffnung, dass die Kerry-Lawrow-Einigung über Assads Chemiewaffen und die darauf folgende UN-Resolution einen Wendepunkt für den Konflikt darstellen werde. Zum ersten Mal gebe es ein gemeinsames Vorgehen aller ständigen UN-Sicherheitsratsmitglieder. Zugleich habe Russland zum ersten Mal im Rahmen des Konfliktmanagements in Syrien Verantwortung übernommen. Die internationale Gemeinschaft sollte daher die Gelegenheit nutzen, auf eine poli-

tische Lösung hinzuarbeiten. Für einen Teilnehmer zeigte die Einigung zu den Chemiewaffen auch, dass Assad nicht so mächtig sei, wie er sich selbst darzustellen versuche. Diese Faktoren könnten eine wichtige Rolle bei der Wiederbelebung der Vorbereitung zu einer »Genf-II«-Konferenz spielen. Dies sei umso wichtiger, da auf lange Sicht eine erfolgreiche Vernichtung der syrischen Chemiewaffen ohne Waffenstillstand und Einleitung eines politischen Prozesses unmöglich erscheint.

Viele Diskussionsteilnehmer waren der Ansicht, dass alle relevanten Parteien in die Verhandlungen eingebunden werden müssen, um Genf II zu einem Erfolg zu machen. Dies gelte sowohl für syrische als auch für regionale Akteure. Mit Bezug auf syrische Akteure, so einer der Teilnehmer, sei es besonders

»RUSSLAND HAT ZUM ERSTEN MAL IM RAHMEN DES KONFLIKTMANAGEMENTS IN SYRIEN VERANTWORTUNG ÜBERNOMMEN.«

wichtig, die nicht-dschihadistische Opposition, d. h. die Freie Syrische Armee (FSA) und Teile der syrischen Muslimbruderschaft, zu unterstützen. Er unterstrich, dass nur der Erfolg der nicht-dschihadistischen Opposition die Marginalisierung der immer einflussreicheren Dschihadisten ermögliche, von denen viele keine Syrer seien. Diese Sicht wurde von anderen Diskutanten geteilt. Die Türkei solle ihren Einfluss auf syrische Oppositionsgruppen nutzen, um sie davon zu überzeugen, eine politische Lösung zu unterstützen und an den Genf-II-Verhandlungen teilzunehmen.

Alle Anwesenden teilten die Ansicht, dass dschihadistische Gruppen wie die Al-Nusra-Front oder der Islamische Staat im Irak und Syrien (ISIS) weiterhin Zugewinne zu Lasten nicht-islamistischer Oppositionskämpfer verzeichneten. Dies wurde auf ihre bessere

Ausbildung und ihren leichteren Zugang zu Waffen zurückgeführt. Man stimmte auch überein, dass Gruppen wie ISIS sich nun hauptsächlich um die Schaffung eines »Islamischen Emirats« in den Regionen Syriens und Iraks kümmern, in denen die jeweiligen Regierungen aufgehört hätten, für die Einhaltung der öffentlichen Ordnung zu sorgen.

»EINE POLITISCHE LÖSUNG WIRD NUR MÖGLICH SEIN, WENN ALLE SYRISCHEN UND REGIONALEN AKTEURE AN GENF II BETEILIGT SIND.«

Daraus folgte, dass die Ablösung des Assad-Regimes nicht mehr das Hauptziel dieser Gruppen sei. Dies sei durch die jüngsten bewaffneten Auseinandersetzungen zwischen ISIS und Teilen der FSA nahe der türkischen Grenze unterstrichen worden. Ein Teilnehmer bezeichnete diese Auseinandersetzungen als »Krieg innerhalb eines Krieges« und argumentierte, dass es nun eine ganze Reihe von Kriegen innerhalb der syrischen Opposition gebe. Er schlussfolgerte, dass ohne Einbeziehung der Dschihadisten weder eine militärische noch eine politische Lösung des Konfliktes möglich sei. Es sei jedoch fraglich, ob diese überhaupt in einen Verhandlungsprozess einzubinden seien.

Mit Bezug auf die regionale Ebene bezeichnete es ein Diskussionsmitglied als Fehler, dass Saudi-Arabien und Iran während der ersten Genf-Konferenz nicht mit am Verhandlungstisch gesessen hätten. Umso wichtiger sei es nun, beide Länder zu Genf II einzuladen. Während die meisten übereinstimmten, dass die gegenwärtige Situation für Iran recht vorteilhaft sei, verwiesen mehrere Teilnehmer auf die Unzufriedenheit der Golfstaaten mit der Entscheidung der Regierung Obama, keinen Militärschlag gegen Syrien durchzuführen. Vor allem Saudi-Arabien habe die Ei-

nigung zwischen Kerry und Lawrow sowie das amerikanische Veto gegen die Pläne Riads und Ankaras, schwere Waffen an die syrische Opposition zu liefern, missbilligt. Diese Frustration könne die Golf-Staaten veranlassen, kollektiv zu entscheiden, nicht an Genf II teilzunehmen.

Grundsätzlich waren alle Teilnehmer der Ansicht, dass eine politische Lösung möglich ist, auch wenn ihre Chancen derzeit gering seien. Um sie zu verbessern, forderte ein Teilnehmer, alle beteiligten Parteien von der Aussichtslosigkeit einer militärischen Konfliktlösung zu überzeugen. Hierzu seien vor allem die regionalen Akteure aufgerufen, die die verschiedenen Parteien des Bürgerkrieges unterstützen. Hätten sie Erfolg und erzielte man auf einer inklusiven Genf-II-Konferenz eine politische Einigung, könne dies im besten Fall zu einer Stabilisierung nach dem Vorbild Bosniens und einer föderalen Ordnung führen, die den Weg zum Frieden ebnet. Wie wahrscheinlich solch ein Ergebnis ist, blieb strittig. Doch es bestand grundsätzliche Einigung darüber, dass ein Zusammenbruch des syrischen Staates katastrophale Konsequenzen für die Region hätte und die Zukunft Syriens daher entscheidend für Frieden und Sicherheit im ganzen Nahen und Mittleren Osten ist.

»EIN ZUSAMMENBRUCH DES SYRISCHEN STAATES HÄTTE KATASTROPHALE FOLGEREN FÜR DIE REGION.«

Ägypten: Erfolg der Konterrevolution?

Die politischen Unruhen im Post-Mursi-Ägypten beunruhigten die meisten Teilnehmer. Unsicherheit über die Absichten und Fähigkeiten der derzeitigen Machthaber, die tiefe Polarisierung der ägyptischen Gesellschaft und die anhaltende Gewalt weckten Zweifel an den Aussichten eines erfolgreichen Übergangs. Ein Diskussionsteilnehmer stellte bei der Analyse der Arbeit der Interimsregierung fest, dass weder Zivilisten noch Vertreter des Sicherheitsapparates den Erwartungen voll entsprochen hätten.

Hinzu komme, dass die Schärfe der Auseinandersetzung mit der Muslimbruderschaft (MB) zu einer Versicherheitlichung der Regierung geführt hat, die die zivilen Vertreter überwiegend marginalisiert zurückgelassen

haben. Die Bruderschaft, die einer der Teilnehmer als »faschistische Organisation« bezeichnete, versuche durch Forderungen nach

einer Rückkehr zu verfassungsgemäßer Ordnung und Demokratie die Sympathien einiger Vertreter der gegen Mubarak gerichteten »Koalition 25. Januar« zurückzugewinnen. Sie gingen jedoch nicht davon aus, die Absetzung Mursis rückgängig machen zu können.

Auch wenn die gegenwärtige »Koalition 30. Juni« breiter aufgestellt sei als die »Koalition 25. Januar« des Jahres 2011, sei sie doch brüchiger und stütze sich nur auf die Ablehnung der Bruderschaft als kleinstem gemeinsamen Nenner. Die Rolle der Armee in dieser komplizierten Situation war das umstrittenste Thema. Während einige Diskussionsteilnehmer das Militär als das Haupthindernis

für eine demokratischere Zukunft ausmachten, wiesen andere auf seine hohe Popularität unter vielen Ägyptern hin und argumentierten, dass General Abdel Fatah al-Sisi mit großem Abstand die Präsidentenwahlen gewinnen werde, sollte er antreten. Ihrer Ansicht nach sei das Militär nicht plötzlich zu einer treibenden Kraft für Demokratisierung geworden, werde sie letztlich aber auch nicht verhindern.

Es wurde zudem darüber diskutiert, ob es ein drittes Element in der ägyptischen Gesellschaft gibt, das sowohl den Autoritarismus der geschassten Mursi-Regierung als auch die Perspektive einer andauernden Militärherrschaft ablehnt. Ein Teilnehmer vertrat die These, dass solch ein drittes Element eine Kraft geworden sei, mit der man rechnen müsse, wenngleich es derzeit noch kein organisiertes Ventil für diese Kraft gebe. Er ging sogar so weit zu behaupten, dass diese »demokratische Wolke« nun eine mächtige Mehrheit bilde. Nach Revolten gegen das Mubarak-Regime und die von der Muslimbruderschaft geführte Regierung wäre diese bereit zu einem neuerlichen Aufstand, wenn ihre Forderungen nach Individualrechten und besseren Lebensbedingungen nicht erfüllt würden. Um diese Einschätzung zu untermauern, verwies er auf einen kulturellen Wandel – bestärkt durch Ägyptens sehr junge Bevölkerung – wonach eine autokratische Herrschaft sehr viel schwieriger geworden sei. Andere zitierten Ägypten als Beispiel um zu belegen, dass sich angesichts von Unruhen und Chaos viele Araber nach einem charis-

»DAS MILITÄR IST WEITERHIN DAS HAUPTHINDERNIS FÜR EINE DEMOKRATISCHERE ZUKUNFT.«

»IN ÄGYPTEN AGIERT EINE UNORGANISIERTE DEMOKRATISCHE DRITTE KRAFT, DIE WEITERHIN ZUM WIDERSTAND AUFRUFEN WIRD, WENN IHRE FORDERUNGEN NICHT ERFÜLLT WERDEN.«

matischen Führer sehnten. Wenn es tatsächlich eine dritte Kraft in Ägypten geben sollte, so ihre Argumentation, dann bestehe diese viel eher aus Vertretern des »Tiefen Staates« der Mubarak-Ära als aus der »demokratischen Wolke«.

Vor diesem Hintergrund wurden drei mögliche Szenarien diskutiert. Auf lange Sicht könne Ägypten entweder 1) noch fragiler werden und zu einem Drehkreuz für Dschihadisten verkommen, 2) sich in einen Polizeistaat nach Prägung Mubaraks zurückentwickeln oder 3) seinen holprigen Übergang zur Demokratie erfolgreich vollenden. Wel-

»DER WESTEN SOLLTE AUF EINER INSTITUTIONALISIERUNG VON GRUNDREGELN BESTEHEN, ANSTATT AUF GEWINNER ZU SETZEN.«

ches dieser Szenarien das wahrscheinlichste ist, konnte nicht geklärt werden. Einer der Anwesenden vertrat jedoch die Ansicht, dass Ägypten zunächst die Phase

des Polizeistaates durchlaufen müsse, um schließlich demokratisch zu werden. Er argumentierte, dass in jedem Fall die Aufstellung allgemein akzeptierter Grundregeln, die die Grundfreiheiten garantieren und die Rechte der Opposition schützen sollten, für jede demokratische Ordnung unerlässlich sei. Genau das habe die Muslimbrüderschaft nicht beachtet, als sie eine Verfassung durchgesetzt hatte, mit der sich viele liberale Ägypter nicht identifizieren konnten. Um den Übergang zur Demokratie zu unterstützen, sollte der Westen eher auf die Institutionalisierung solcher Grundregeln bestehen als »auf die Gewinner zu setzen«. Schlussendlich stimmten viele Anwesende überein, dass ein gelungener Übergang größtenteils vom Verhalten des unberechenbaren Militärs abhängen.

Die meisten Teilnehmer teilten die Ansicht, dass Ägypten derzeit weiterhin sehr anfällig für ausländischen Einfluss sei. Massive finanzielle Unterstützung aus Saudi-Arabien, den Vereinigten Arabischen Emiraten und Kuwait habe die ägyptische Wirtschaft vor dem Kollaps bewahrt. Die amerikanische Entscheidung, die Unterstützungsleistungen für das ägyptische Militär zu kürzen, könnte andererseits ein Wendepunkt in den Beziehungen Washingtons zu einem seiner Hauptverbündeten im Nahen Osten sein, bedenke man die große Enttäuschung über die USA innerhalb der derzeitigen politischen Elite Ägyptens. Wenngleich bedeutend geringer und wirkungsärmer, sei die europäische Unterstützung symbolisch durchaus von Belang, wie ein Diskussions Teilnehmer darlegte. Eine Kürzung wäre kontraproduktiv, weil Hilfen vor allem der Zivilgesellschaft zugutekämen und so das europäische Image als Standardsetter für Demokratie gestärkt würde.

Von der Hilflosigkeit des Westens zu regionalen Lösungen

Die Ereignisse nach dem Sturz Mursis in Ägypten und die Reaktion des Westens auf den Einsatz von Chemiewaffen in Syrien führen zu der Frage, welchen Einfluss der Westen im Nahen und Mittleren Osten noch ausüben kann und will. Es war vor allem Obamas Entscheidung, auf einen Militäreinsatz gegen das Assad-Regime zu verzichten, der die Teilnehmer aus den Golfstaaten Washingtons Verlässlichkeit in Frage stellen ließ. »Wir haben sehr viel in die USA als unsere Lebensversicherung investiert, und nun zeigt sich, dass sie unzuverlässig sind«, lautete eine der

Einschätzungen. Andere Teilnehmer schlossen sich der Ansicht des zerstörten Vertrauens an und beklagten, dass der Westen offensichtlich nicht mehr am Nahen und Mittleren Osten interessiert sei, bei dessen Gestaltung er ursprünglich eine zentrale Rolle gespielt habe. Durch den Verzicht auf eine Intervention in Syrien hätten die USA eine einmalige Gelegenheit verpasst, ihr Image in der Region aufzupolieren, nachdem sie Irak im Chaos zurückgelassen und in Ägypten auf »das falsche Pferd« gesetzt hätten.

Andere Diskussionsteilnehmer widersprachen und forderten mehr Selbstvertrauen. Wie könne es langfristig Stabilität im Nahen und Mittleren Osten geben, so ihre Frage, wenn die relevanten regionalen Akteure immer zuerst bei den USA um Unterstützung anfragten, anstatt nach regionalen Lösungen zu suchen? Es könnte vielmehr die Aufgabe des Westens sein, einen Beitrag zur Schaffung von Institutionen und Mechanismen zur regionalen Kooperation zu leisten.

Während die Teilnehmer aus verschiede-

nen Ländern uneins waren, ob anhaltender Einfluss des Westens überhaupt wünschenswert sei, teilten sie die Einschätzung, dass es gegenwärtig keine konsistente westliche Strategie für den Nahen und Mittleren Osten gebe. Sie stimmten auch darin überein, dass Europa weniger Einflussmöglichkeiten habe als

die USA. Ein Diskussionsteilnehmer glaubte, dass der Nahe und Mittlere Osten sich als »zu groß für Europa« herausstellen könnte, wenn Washington eines Tages tatsächlich seine selbst-erklärte Wendung hin zu Asien vollziehe oder die gegenwärtige Sykes-Picot-Ordnung zusammenbreche. Er empfahl Europa, bei der Auswahl seiner Initiativen in der Region selektiver vorzugehen, darauf zu verzichten, eine einzige große Strategie zu verkünden und sich auf realistische Politik auf Basis konkreter Fälle zu konzentrieren.

»DER WESTEN SOLLTE REGIONALE AKTEURE BEI DER SCHAFFUNG VERLÄSSLICHER MECHANISMEN ZUR REGIONALEN KOOPERATION UNTERSTÜTZEN.«

Über den Körper Dialogue Middle East

Der KÖRBER DIALOGUE MIDDLE EAST bietet eine Plattform für multilaterale Gespräche zu aktuellen außen- und sicherheitspolitischen Fragestellungen des Nahen und Mittleren Ostens. In regelmäßigen Abständen kommen außenpolitische Experten aus der EU, den USA sowie Staaten des Nahen und Mittleren Ostens zusammen, um in vertraulicher Atmosphäre politikorientierte Ideen zu entwickeln und Handlungsempfehlungen zu formulieren. Auf dem Workshop in Berlin waren hochrangige außenpolitische Fachleute und Vertreter führender Think Tanks versammelt, um die aktuellen Entwicklungen im Nahen und Mittleren Osten zu diskutieren.

Diese Zusammenfassung enthält eine Auswahl von Argumenten, die aus unserer Sicht für die gegenwärtige politische Debatte relevant sind. Sie wird an die Teilnehmer des KÖRBER DIALOGUE MIDDLE EAST und ausgewählte politische Entscheidungsträger verteilt.

KÖRBER DIALOGUE MIDDLE EAST

Koordination	Dr. Thomas Paulsen (Leiter Bereich Internationale Politik)
Programmleiterin	Nora Müller
Programm-Manager	Matthias Nothacker
Adresse	Körper-Stiftung Hauptstadtbüro Pariser Platz 4a 10117 Berlin Telefon +49-30-20 62 67-60 Fax +49-30-20 62 67-67 E-Mail ip@koerber-stiftung.de Twitter @KoerberIP www.koerber-stiftung.de/internationale-politik

© Körper-Stiftung, Hamburg 2013

Redaktion	Matthias Nothacker
Übersetzung	Dr. Dorothea Jestädt
Layout	Das Herstellungsbüro, Hamburg

Alle Rechte vorbehalten.



Körper-STIFTUNG
Forum für Impulse

**Wir wollen
anstiften.**

Mehr erfahren: www.koerber-stiftung.de

Mehr erleben: www.koerberforum.de

Mehr lesen: www.edition-koerber-stiftung.de